

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

**Geschäftsstand für beide Teile
ist Calw.**



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Crägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 60

Montag, den 14. März 1927.

101. Jahrgang

Kompromißlösung in der Saarfrage.

Zurückziehung der Saartruppen in 3 Monaten.

Bildung einer 800 Mann starken Bahnschutztruppe.

U. Genf, 14. März. Im Völkerbundsrat erstattete am Samstag Senator Scialoja als Berichterstatter den Bericht über die Regelung der Saarfrage. Er beschränkte sich darauf, lediglich den Inhalt des Februarberichts der Saarregierung vorzulegen, der bekanntlich die Schaffung eines internationalen Eisenbahnschutzkorps vorseht, ohne jedoch irgendwelche konkrete Vorschläge zu machen.

Nach dem Präsidenten der Saarregierung, Stephens, der in längeren Ausführungen den Standpunkt der Saarregierung begründete, ergriff der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort zu einem längeren Exposee, in dem er eingehend den Standpunkt der deutschen Regierung in der Saarfrage präziserte. Er fasste die deutschen Forderungen in folgenden 4 Punkte zusammen: 1. Festsetzung eines festen Termins für den Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet; 2. die Stärke des im Bericht der Saarregierung vorgeschlagenen internationalen Eisenbahnschutzkorps soll auf einige hundert Mann festgesetzt werden; 3. diese Formation darf nicht einen interalliierten, sondern einen ausschließlich internationalen Charakter tragen; 4. das Eisenbahnschutzkorps darf nur unter außerordentlichen Umständen Funktionen gegenüber der zivilen Bevölkerung ausüben.

In der Nachmittagsitzung, die eine Fortsetzung der Debatte über den Bericht der Saarregierung brachte, ergriff als erster Redner der französische Außenminister Briand das Wort zu einer längeren Erklärung, in der er grundsätzlich die Stellungnahme der französischen Regierung kennzeichnete. Briand lehnte in längeren Ausführungen den Vorschlag der deutschen Regierung ab und beantragte, den ursprünglichen Bericht der Saarregierung mit der Einführung des internationalen Bahnschutzkorps in der vorgesehenen Höhe von 800 Mann vom Völkerbundsrat anzunehmen.

Nach der Rede Briands ergriff Dr. Stresemann noch einmal das Wort und betonte, daß er auf die juristische Frage nicht mehr eingehen werde. Er müsse aber darauf hinweisen, daß der Völkerbund es Deutschland untersagt habe, im besetzten Gebiet, sowie im Ruhrgebiet die Ordnung anders als durch Gendarmen zu schützen. Deutschland könne die Ordnung in den großen Industriegebieten, sowie den Schutz vor bolschewistischen Unruhen nur durch Gendarmen aufrecht erhalten. Er bitte daher den Vertreter der französischen Regierung, die Autorität, die er im Rheinland der Gendarmerie gewährte, auch auf das Saargebiet zu übertragen. Weiter betonte Dr. Stresemann nachdrücklich, daß Deutschland bereit sei, auf die juristischen Gesichtspunkte zu verzichten. Er müsse jedoch nach wie vor die Forderung aufrecht erhalten, daß der Termin für den Rückzug der französischen Truppen festgelegt und das Eisenbahnschutzkorps nur in außergewöhnlichen Fällen eingesetzt werden dürfe.

Hierauf betonte sowohl Chamberlain als auch Scialoja, daß die Gegensätze zwischen den verschiedenen Auffassungen in der Praxis nur sehr gering wären. Chamberlain wies darauf hin, daß er unter keinen Umständen einer Lösung zustimmen könne, die nicht auf den geltenden internationalen Verträgen basiere. Praktisch läme für die Bildung des Eisenbahnschutzkorps kaum eine andere Nation als die französische in Frage. Er würde die größten Bedenken haben, eine Teilnahme englischer Truppen an dem Eisenbahnschutzkorps zu gestatten.

Darauf nahm noch einmal der Saarpräsident Stephens zu den deutschen Forderungen Stellung. Er betonte nachdrücklich, das ausgezeichnete Verhalten der Saarbevölkerung in den letzten 7 Jahren. Insbesondere seien die lokalen, von der Saarbevölkerung gebildeten Gendarmen ausgezeichnet. Jedes zivilisierte Land würde glücklich sein, eine derartige Gendarmerie zu besitzen. Die Zahl 800 sei das Resultat eines Kompromisses innerhalb der Saarregierung. Stephens wies zum Schluß noch darauf hin, daß er selbst eine geringere Zahl für ausreichend erachtet habe, jedoch der Mehrheit innerhalb der Saarregierung hätte nachgeben müssen.

Hierauf gab Dr. Stresemann folgende grundsätzliche Erklärung ab: Er sei bereit, dem an ihn gerichteten Appell zur Herbeiführung einer Einigung nachzugeben. Er schlage

daher vor, daß der Berichterstatter, Senator Scialoja, sofort einen neuen Bericht abfasse, in dem folgende 3 Gesichtspunkte Berücksichtigung fänden:

1. Die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet müsse spätestens innerhalb eines Zeitraumes von 3 Monaten erfolgen.

2. Die Inanspruchnahme des Eisenbahnschutzkorps dürfe nur in Ausnahmefällen erfolgen. Der Bahnschutz stehe ausschließlich zur Verfügung und unter der Autorität der Saarregierung.

3. Der Saarregierung werde anheimgestellt, nochmals zu prüfen, ob nicht eine Herabsetzung der Zahl von 800 Mann für das Bahnschutzkorps möglich sei. Die endgültige Entscheidung habe nicht der Völkerbundsrat, sondern allein die Saarregierung zu treffen.

Dr. Stresemann erklärte hierbei, falls diese 3 Gesichtspunkte vom Völkerbundsrat anerkannt würden, werde es ihm möglich sein, dem Bericht zuzustimmen, wenn er auch auf das tiefste bedauere, daß für diese für Deutschland so schwerwiegende Frage gegenwärtig keine endgültige Regelung zu finden gewesen sei.

Die Kompromißformel.

Scialoja legte darauf dem Völkerbundsrat folgende Entschliebung vor, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

„Der Völkerbundsrat nimmt von dem Bericht der Regierungskommission des Saargebietes vom 18. Februar 1927 über den Schutz des Transportes und des Transits auf den Eisenbahnlinien des Saargebietes Kenntnis. Die gegenwärtig im Saargebiet stationierten Truppen werden innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten zurückgezogen. Der Bahnschutz steht ausschließlich unter der Autorität der Regierungskommission des Saargebietes und ist ihr verantwortlich. Das Eisenbahnschutzkorps übt seine Funktionen gegenüber der zivilen Bevölkerung nur in außergewöhnlichen Fällen aus. Die Gesamtzahl von 800 Mann für das Bahnschutzkorps bedeutet ein Maximum. Die Regierungskommission des Saargebietes ist aufgefordert, in die Prüfung einer Herabsetzung dieser Zahl einzutreten und die hierfür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, ohne hierüber weiter dem Völkerbundsrat Bericht erstatten zu müssen.“

Der Bericht wurde vom Völkerbundsrat ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Mandate der Mitglieder der Saarregierung auf 1 Jahr verlängert.

In der an die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates sich anschließenden Geheim Sitzung wurde die Verlängerung der Mandate der Saarregierung in ihrem gesamten gegenwärtigen Bestande auf 1 Jahr beschlossen. Präsident Stephens, der vor 1 Monat seine Demission einreichte, bleibt zunächst bis zur Junitagung des Völkerbundsrates im Amt. Die Mandate der übrigen Mitglieder sind auf 1 Jahr verlängert worden. Hierbei hat jedoch der Völkerbundsrat den Grundsatz aufgestellt, daß die gegenwärtigen Mitglieder der Saarregierung nicht über die Dauer von 5 Jahren hinaus Mitglieder der Regierung sein dürfen.

Einigung in der oberschlesischen Schulfrage

U. Genf, 14. März. Der Völkerbundsrat hat in seiner Samstagvormittagsitzung zu dem Protest des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien gegen die Schulentscheidung der polnischen Regierung die Einführung einer Kontrolle in Oberschlesien für die Fälle beschlossen, in denen der Besuch der Minderheitenschule zweifelhaft ist. Diese Kontrolle wird dem Präsidenten der gemischten Kommission in Oberschlesien übertragen, der sie gemeinsam mit einem ihm beigeordneten schweizer Sachverständigen ausübt. Der schweizer Sachverständige wird vom Völkerbund ernannt. Die Kosten des Sachverständigen hat die polnische Regierung zu tragen. Diese Kontrolle bezieht sich auch auf den Schulbesuch derjenigen Kinder, die die polnische Sprache sprechen, deren Eltern aber den Besuch der Minderheitenschule beantragen.

Diese Regelung bedeutet jedoch lediglich eine Ausnahmemaßnahme in Anbetracht der gegenwärtigen Situation, die in der Minderheitenskonvention von 1920 nicht vorgesehen ist. In keiner Weise werden aber hierdurch die Bestimmungen der Minderheitenskonvention von 1922 berührt.

Tages-Spiegel.

Die Schlußsitzung des Völkerbundsrates hat nach schwierigen Verhandlungen zu einer Kompromißlösung in der Saarfrage geführt.

Die französischen Truppen sollen innerhalb der nächsten Monate aus dem Saargebiet zurückgezogen werden; höchstens 800 Mann sollen als Bahnschutz bleiben.

In der oberschlesischen Schulfrage hat sich der Rat auf die Einführung einer von Polen zu unterhaltenden internationalen Kontrolle geeinigt.

Dr. Stresemann hat gestern dem tschechischen Präsidenten Masaryk einen Besuch abgestattet und ist abends nach Berlin abgereist.

In der Berliner Presse werden die in Genf erreichten Ergebnisse in der Saarfrage wie in der oberschlesischen Schulfrage als unbefriedigend bezeichnet.

In England wird in erster Linie die Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen begrüßt, während die französische Presse Briand wegen seiner Zugeständnisse in der Saarfrage heftig angreift.

Der Reichstag verabschiedete am Samstag den Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Die Luftfahrtfragen vertagt.

U. Genf, 14. März. In der gestrigen Abend Sitzung des Völkerbundsrates wurde auf Antrag des tschechischen Außenministers Dr. Benesch die Frage der Kontrollrechte des Völkerbundes über die deutsche zivile Luftschiffahrt auf Grund des im Mai 1926 zwischen der deutschen Regierung und der Vorkonferenz getroffenen Abkommens auf die Junitagung des Völkerbundsrates vertagt.

Die Frage der Rheinlandräumung.

U. Genf, 14. März. Der französische Außenminister Briand empfing im Laufe des Samstag Abends die auswärtige Presse. Er erklärte, daß zwar der Versailler Vertrag die Lösung der Frage der Rheinlandräumung vorsehe, aber nur in bedingter Form. Ueber die Rheinlandfrage sei bisher offiziell nicht verhandelt worden. An die Thoiry-Besprechungen vom September vorigen Jahres seien weitgehende Übertreibungen geknüpft worden, die die weiteren Verhandlungen lediglich erschwert hätten. Im großen ganzen könne er aber sagen, daß sich die Lage in der letzten Zeit konsolidiert habe. Demgegenüber wird aus Kreisen der deutschen Delegation darauf hingewiesen, daß der grundsätzliche Anspruch der deutschen Regierung auf Aufröhlung der Rheinlandfrage nach der endgültigen Liquidierung der Entwaffnungsverhandlungen Gegenstand weitgehender Erörterungen in den persönlichen Verhandlungen der letzten Tage gebildet habe. Die deutsche Regierung behalte sich, wie bereits mehrfach betont, den Zeitpunkt vor, in dem sie die offiziellen Verhandlungen über die Rheinlandfrage einleiten werde.

Aus dem Reichstag.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zur Wohnungsbaufrage.

U. Berlin, 14. März. In der Samstagssitzung des Reichstages sprach Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über Wohnungsbaufragen. Er bezeichnete den Wohnungsbau als eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit ersten Ranges. Die Zwangswirtschaft sei auf die Dauer unhaltbar. Die Neubautkosten müßten unbedingt gesenkt werden. Voraussetzung zur Erfüllung dieser Forderungen sei die stärkere Beteiligung des privaten Kapitals im Neubau. Voraussetzung zur Heranziehung des Privatkapitals zum Wohnungsbau sei wiederum die schrittweise Annäherung der gesetzlichen Miete an die wirtschaftlich tragbare Miete. Härten seien natürlich nicht ganz zu vermeiden. Die Zeit für eine Mietsteigerung sei heute günstiger als im vergangenen Jahre, da die Löhne eine stetige Tendenz hätten. Der Reichsarbeitsminister könne die preussische Verordnung über die Freigabe der gewerblichen Räume nicht aufheben, da es sich um eine Sache der Länder handle. Das Ministerium werde jeden Widerstand bekämpfen im Sinne der Ausführungen des Ministerialdirektors Konze und es werde die Anrufung von Schiedsstellen vorschreiben.

Umschau.

Der Kampf um die Regelung der Arbeitszeit, die ja nur ein Provisorium sein kann und sein soll, weil das eigentliche Arbeitschutzgesetz frühestens im Herbst zur parlamentarischen Erledigung gelangen kann, ist auf der ganzen Linie entbrannt. Auch im Regierungslager selbst bestehen so schwerwiegende Differenzen, daß zurzeit noch kein Weg zu sehen ist, auf dem diese Schwierigkeiten umgangen werden können. Schon als im interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien vor einigen Wochen die Vorberatungen über die Arbeitszeitregelung begannen, bildeten sich die beiden Fronten heraus, zwischen denen das Ringen hin und hergeht. Die Klust, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der volkswirtschaftlich wie sozialpolitisch so hoch bedeutsamen Frage der Arbeitszeit trennt, geht quer durch die Koalition, ja man kann beinahe sagen, sie geht quer auch durch die einzelnen Parteien der Regierungsfractions selbst. Es ist natürlich selbstverständlich, daß mit dem Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit im Reichstag neue Versuche unternommen werden, um die Klust zu überbrücken, und wir sind davon überzeugt, daß auf allen Seiten grundsätzlich der ernste Wille zur Verständigung besteht. Es fragt sich aber doch, wie weit die ganze Angelegenheit überhaupt noch auf dem Wege des Kompromisses zu bereinigen ist. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß man sich bilden wie drüben, im Lager der Arbeitgeber ebenso wie im Lager der Gewerkschaften, bereits in sehr hohem Grade festgesetzt hat, so daß es für beide Teile außerordentlich schwierig sein wird, davon wieder loszukommen. Es hat deshalb viel innere Wahrscheinlichkeit für sich, wenn behauptet wird, daß die Reichsregierung die Absicht habe, den ganzen Gesetzesentwurf zurückzuziehen und mit seiner Verabschiedung auf einen gelegeneren Zeitpunkt zu warten. Andererseits erhebt sich dann aber doch die Frage, ob durch das Falllassen der Vorlage nicht größere Gefahren heraufbeschworen werden, also wenn man jetzt den Kampf einmal ausfährt. Bleibt die Arbeitszeitfrage unerledigt, dann wird dadurch eine Menge Brandstoff aufgeschüttet, was uns innerpolitisch in jeder Hinsicht bedenklich und unerfreulich erscheint. Das Verantwortungsgefühl aller Parteien aber, insbesondere derer der Koalition, sollte so groß sein, daß sie es nicht dazu kommen lassen. Es muß ein Kompromiß gefunden werden, das auf der einen Seite dem Arbeitsmarkt eine gewisse Entlastung bringt, auf der anderen Seite aber auch der deutschen Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt läßt.

Der Haushaltsplan für das Reichsministerium ist nach gründlicher Aussprache vom Hauptausschuss des Reichstags verabschiedet worden. Er ist außerordentlich umfangreich und umfaßt nahezu alle Wissensgebiete. Auf einige kulturelle, wissenschaftliche und soziale Aufgaben sei besonders hingewiesen, da sie den Nachweis erbringen, daß Deutschland trotz seiner finanziellen Not immer bereit ist, sich für die geistigen Güter einzusetzen. So sind 8 Mill. Mark für die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ und 3 Mill. Mark für studentische Hilfsarbeiten vorgesehen. Für den 6. Mill. Mark erfordernden Neubau eines Instituts für Anthropologie, menschliche Vererbungslehre und Eugenik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Dahlem werden 300 000 M. vom Reich erbitten. In einer dem Haushalt beigelegten Denkschrift wird darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland gerade auf diesem Gebiete stark hinter dem Ausland zurückgeblieben ist; es sind zwar Institute zur Erforschung der Vererbung der Pflanzen und Tiere vorhanden, aber eine Forschungsstätte, an der die Vererbungsfragen bei Menschen studiert werden, fehlt völlig. Weiter sind 500 000 M. als erster Teilbetrag für den Neubau eines Institutsgebäudes (Auslandsinstitut) zur Aufnahme ausländischer Gäste in Berlin-Dahlem bestimmt, die nach wie vor größtes Interesse an den Forschungsarbeiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beweisen, denen aber infolge Raummangels keine Unternehmungsköglichkeiten zu Arbeitszwecken geboten werden können. Der Ausbau der Laboratorien der chemischen Reichsanstalt ist notwendig, damit sie den erweiterten Aufgaben von Behörden und Industrie entsprechen kann, und erfordert 120 000 M. Ferner werden eine halbe Million Mark für die Errichtung eines Turnhallegebäudes im Deutschen Stadion benötigt, durch dessen Bau zugleich dem Bedürfnis der deutschen Turnerschaft nach Schaffung einer zentralen Turnlehrerschule entsprochen werden soll. Zur Vorbereitung und Durchführung der deutschen Bekämpfung der internationalen olympischen Spiele 1928 in Amsterdam, die im Interesse der internationalen Geltung der deutschen Turn- und Sportbewegung von größter Bedeutung ist, sind von den insgesamt erforderlichen 450 000 M. im vorliegenden Etat erstmalig 150 000 M. in Ansatz gebracht worden. Für die Erhaltung von Bauwerken, die besondere geschichtliche Bedeutung haben, sind 600 000 M. vorgesehen. Die persönlichen und sachlichen Kosten für Maßnahmen zum Schutze der Republik belaufen sich auf eine Viertelmillion Mark.

Die Sozialpolitik im Reichstag.

II. Berlin, 12. März. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte im Reichstag, das Verbot der Selbstversorgung der Krankenkassen sei nicht nur von den Versicherten, sondern auch von den Unternehmern abgelehnt worden. Das deutsche Krankenkassensystem verbinde in vorbildlicher Weise Geld- und Sachleistungen. Der Entwurf der Krankenversicherung für die Seelente sei fertig und seit Dezember liege dem Reichstag das Genfer Abkommen über Unfallentschädigung vor, dessen Verabschiedung nur durch ähnelnde Umstände verzögert worden sei. Der Unfallversicherung werde das Ministerium dauernd seine Aufmerksamkeit schenken und vor allem die Bedeutung einer guten

Vorfrühling.

Ein Sonnenblitz! Ein erster blauer Strahl,
Der schmelzend über braune Felber fliegt ...
Und in den Büschen, noch beraubt und laß,
Sich schon ein erstes gelbes Küßchen wiegt.

O Frühlingsbäume! Besier zarter Gruß
Von Mutter Erde — lächelndes Symbol,
Daß Winter und Dunkel enden muß,
Der dampfen Stube jauchz' ich Lebewohl!

Mein Herz, von harten Sorgen lang bedrückt,
Schlägt wieder rascher — stürmisch und verliebt!
Den Dampf der Scholle atme ich beglückt
Und glaub aufs neue, daß es — Rosen gibt!

Wolfgang Federau.

Gewerbeaufsicht würdigen. Das Arbeitschutzgesetz solle auch die Aufsichtsbefugnis des Reiches steigern. Fertigarstellt sei der Gesetzentwurf über Abfindung von Unfallrenten. Das Reich sei zur Uebernahme eines Teiles der zur Verbesserung der Invaliden- und Hinterbliebenenbezüge notwendigen Aufwendungen bereit. Der Begriff der Invalidität müsse neu definiert werden. Die Rationalisierung der Betriebe habe nur dann Sinn, wenn die Lebenshaltung der Bevölkerung und der beteiligten Arbeitnehmerschaft wesentlich verbessert werde. In der Frage der Arbeitszeit handle es sich nur um eine vorläufige Regelung. Der Entwurf eines endgültigen Arbeitschutzgesetzes liege dem Reichsrat vor. Mit der Aufrechterhaltung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchungen soll keine Verfassungsänderung bezweckt werden. Eine Reform des Betriebsrätegesetzes müsse bis zu einer Konsolidierung der Verhältnisse zurückgestellt werden. Die möglichst einfache Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes in den Ländern werde angestrebt. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am 1. März 1925 000 gegenüber 1 827 000 am 1. Februar. Die Krisenfürsorge umfasse heute etwa 200 000 Personen. Die Verteilung der Mittel für die freie Wohlfahrtspflege erfolge nach Richtlinien, die mit den Ländern vereinbart seien. Die Länder hätten das Recht, die Verteilung der Mittel zu kontrollieren. Das Reichsarbeitsministerium habe es an Taten nicht fehlen lassen.

Die Abrüstungsfrage.

De Bronquere über die Abrüstungskonferenz.

II. Berlin, 12. März. Der belgische Völkerbundsdelegierte De Bronquere, der gleichzeitig Mitglied der vorbereitenden Abrüstungskonferenz ist, äußerte sich am Freitag dem Sonderberichterstatter der „Tägl. Rundschau“ in Genf gegenüber über die Aussichten der Abrüstungskonferenz. Er erklärte u. a., daß die Abrüstungskommission bei der allgemeinen Atmosphäre des Argwohns wohl nur zu einem sehr unbedeutenden Ergebnis gelangen werde. Sollte die Auffindung einer Basis für eine allgemeine Abrüstung nicht gelingen, so sei das Abrüstungswerk auf lange Jahre hinaus gefährdet. Das allgemeine Mißtrauen sei so groß geworden, daß stärker denn je von den Staaten das Prinzip vertreten werde: „Abrüstung nur nach Maßgabe der Sicherungen.“ Es brauche nur einen geringen Anlaß — irgendwelche neuen Zwischenfälle in der Art der Enthüllungen über die Reichswehr (1) —, damit der Abrüstungsgedanke überhaupt scheiterte und das Betrüsten neu einsetze.

Die deutsch-rumänischen Verhandlungen.

II. Genf, 12. März. Ueber den gegenwärtigen Stand der deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen wird von unrichtiger Seite folgendes mitgeteilt: Eine normale Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und Deutschland wird durch die bereits seit fünf Jahren bestehende Auseinandersetzung zwischen der rumänischen und der deutschen Regierung über die Banca-Generala-Noten gestört. Da die rumänische Regierung sich nicht bereit erklärt hat, die Frage entsprechend einem Vorschlag der Reparationskommission durch ein Schiedsgericht zu regeln, wird gleichzeitig angestrebt, mit Hilfe von privaten Kreisen einen Ausgleich zu finden. In der letzten Zeit hat sich nunmehr ein Vorschlag herausgebildet, für den jedoch noch die Genehmigung beider Regierungen aussteht. Dieser Vorschlag geht im großen dahin, daß Rumänien einen Gesamtkredit von 200 Millionen Mark erhält, die in 10 Jahresraten zurückgezahlt werden sollen. Dieser Kredit setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. 100 Mill. Mark werden für Industrielieferungen kreditiert, von denen zwei Drittel auf Eisenbahnlieferungen entfallen. 2. 40 Millionen werden in Form einer direkten Anleihe gewährt und 3. die an Rumänien in den nächsten 3 Jahren zu zahlenden Reparationsleistungen werden in einem Gesamtbetrag von 60 Millionen Mark sofort zur Verfügung gestellt, so daß hiermit die Gesamtanleiheleistungen in einem Jahr durchgeführt werden. Nach diesem Amortisationsplan wird Rumänien verpflichtet, vom 4. Jahr an je 20 Millionen Mark zurückzuzahlen. Dieser Gesamtfinanzplan soll von privater Seite durchgeführt werden, jedoch übernimmt die deutsche Regierung hierbei in ähnlicher Weise wie bei dem Kreditabkommen mit der Sowjetregierung eine Ausfallgarantie.

Die Außenpolitik Jugoslawiens.

Annäherung Jugoslawiens an Italien?

II. Belgrad, 12. März. Es verlautet, daß die jugoslawische Regierung sich entschlossen hat, entgegen ihrer bis-

herigen Absicht, die diplomatischen Beziehungen zu Rußland nicht aufzunehmen. Diese Stellungnahme wird in manchen Kreisen so ausgelegt, daß Jugoslawien sich mehr und mehr mit dem Gedanken einer Annäherung an Italien abfindet, denn der Wunsch, die Beziehungen zu Rußland aufzunehmen, hatte zur Voraussetzung, daß Jugoslawien dort eine Rückendeckung für eine antiitalienische Politik finden würde. Als Symbol für die zu vollziehende Annäherung Jugoslawiens an Italien wird die Reise des jugoslawischen Königs nach Bukarest aufgeführt.

Um die französische Wahlreform.

Das Wahlreformprojekt in der Kammer eingebracht.

II. Paris, 12. März. Die Regierung hat gemäß dem Beschluß des Ministerrats das Wahlreformprojekt des Innenministers Sarraut in der Kammer eingebracht. Da Poincaré bereits erklärt hat, daß er nicht die Vertrauensfrage stellen werde und dadurch dem Parteienkampf freies Spiel lassen will, verspricht die Debatte ziemlich lebhaft zu werden. In parlamentarischen Kreisen wird die Meinung ausgesprochen, daß es der Regierung nicht allzu schwer fallen wird, die Wahlreformdebatte mit ihren großen wahlagitorischen Reden bis zum Herbst knapp vor die Neuwahlen zu verschieben, hinreichend Zeit, um das Terrain für den Ausgang der Wahl zugunsten der Rechten vorbereitet zu haben.

Kleine politische Nachrichten.

Die Demokraten fordern Einkommensteuer-Herabsetzung.

Die Demokraten haben im Steuerausschuss folgende Änderung des Einkommensteuergesetzes beantragt: Von dem steuerfreien Betrage übersteigenden Arbeitslohn hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung einen Betrag von 8 Pr. bei einem Jahresarbeitsverdienst bis 4000 M. und von 10 Pr. bei einem Jahresarbeitsverdienst von 4—8000 M. für Rechnung des Arbeitnehmers als Steuer einzubehalten.

Ein Antrag der Regierungsparteien zur Biersteuer. Die Regierungsparteien haben im Steuerausschuss des Reichstags einen Antrag eingebracht, der den jährlichen Anteil Bayerns an der Biersteuer von 17,2 auf 42 Millionen, den Anteil Württembergs von 3,3 auf 8,633 Millionen und denjenigen Badens von 2,2 auf 5,755 Millionen M. erhöhen will. Für 1926 soll den drei Ländern ein Viertel des Unterchiedsbetrages nachgezahlt werden.

Aufhebung der Getränkesteuer? Die Fraktion der DVP hat im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der auch von den anderen Regierungsparteien unterstützt wird und die Aufhebung der Gemeindegetränkesteuer vom 1. April d. J. ab fordert. Zur Unterstützung steuerschwacher Gemeinden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes Getränkesteuern erhoben haben, wird den Ländern für das Rechnungsjahr 1927 ein Betrag von 20 Millionen Mark, für das Rechnungsjahr 1928 ein Betrag von 10 Millionen vom Reich zur Verfügung gestellt. Die näheren Bestimmungen der Verteilung der Beträge trifft der Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsrates.

Die Bedeutung des ungarisch-rumänischen Konflikts. Der Genfer Vertreter der „Täglich Rundschau“ hatte mit dem ungarischen Außenminister Ballo eine Unterredung, in der vor allem der ungarisch-rumänische Konflikt behandelt wurde. Ballo sagte bei dieser Gelegenheit, daß es um die internationale Gesprächsbarkeit für immer geschehen sei, wenn der Völkerbund Rumänien in dem Konflikt mit Ungarn Recht gebe, denn dann seien die Fundamente der Friedensverträge des Völkerbundspaktes und sämtlicher Freundschafts- und Schiedsgerichtsverträge erschüttert. Es gehe dann auch das Vertrauen zur schiedsgerichtlichen Regelung einer internationalen Streitfrage verloren.

Ermäßigung der Ausländersteuer in Frankreich. Wegen die von Poincaré von 68 auf 375 Franken erhöhte Ausländersteuer hat sich in Frankreich besonders im Handels- und Hotelgewerbe ein lebhafter Widerstand erhoben, der zu Protesten der interessierten Gewerbe geführt hat. Auf einen neuen Vorschlag Poincares hin hat die Finanzkommission des Senates die Kosten für die Identitätskarte für Ausländer auf 150 Franken und für im Arbeitsverhältnis stehende Ausländer auf 20 Franken ermäßigt.

Keine Herabsetzung der Zahlungen aus dem Berenger-Abkommen. Nach einer offiziellen Washingtoner Meldung ist die amerikanische Regierung keinesfalls geneigt, infolge Frankreichs Breitschaft, 30 Millionen Dollars als vorläufige Schuldenrückzahlung zu leisten, die Zahlungen aus dem Berenger-Abkommen herabzusetzen.

Um Schanghai. Wie aus Schanghai berichtet wird, hat die Kantongregierung eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, die Regierung sei bestrebt, die ausländische Niederlassung in Schanghai lieber auf dem Verhandlungswege als durch Gewalt zu gewinnen. Sie lege den größten Wert darauf, alle schwebenden Fragen friedlich zu lösen.

Aus aller Welt.

13 Personen durch Gas vergiftet.

Wie die Abendblätter aus Hindenburg (DG.) melden, ereignete sich auf der Rebenhütte in Hindenburg eine schwere Vergiftung, von der 13 junge Leute betroffen wurden. Die Ursache ist bisher noch nicht aufgeklärt, da die Rebenhütte keinerlei Gas erzeugt oder verarbeitet. 7 Verunglückte mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden, darunter 5 Mädchen.

Brandkatastrophe in einer russischen Kleinstadt.

Wie aus Moskau gemeldet wird, brach während einer Theateraufführung in der Schule des Städtchens Karawaiskaja Feuer aus. 67 Personen sind in den Flammen umgekommen.

Aus Württemberg.

Der württ. Luftverkehr 1927.

In einer Pressekonferenz machte Ministerialrat Kälin vom württ. Arbeitsministerium Mitteilung über verschiedene württ. Luftverkehrsfragen und die Gestaltung des Württemberg betreffenden Flugverkehrs im Jahre 1927. Danach werden vom 18. April ab und voraussichtlich bis zum 18. Oktober drei größere Luftverkehrslinien über Württemberg führen: 1. Berlin - Halle - Erfurt - Stuttgart - Zürich - Genf mit evtl. späterer Fortsetzung nach Marseille, Barcelona und Madrid; 2. Kopenhagen - Hamburg - Hannover - Frankfurt a. M. - Stuttgart - Zürich, eine Linie, die schon im 3. Jahre geflogen wird und die sich ausgezeichnet bewährt hat, insbesondere wegen ihrer internationalen Anschlüsse über Brüssel nach London und über Köln nach Paris; 3. die Linie Saarbrücken - Karlsruhe - Stuttgart - München - Budapest, mit Anschluss in München nach Prag und Breslau und evtl. späterem Anschluss nach Konstantinopel. Weitere folgende vier kleinere Linien: 1. München - Stuttgart - Baden-Baden, 2. München - Stuttgart - Mannheim - Kaiserslautern - Saarbrücken, 3. Stuttgart - Freiburg mit geplantem späterer Fortsetzung nach Basel, 4. Essen - Köln - Frankfurt a. M. - Stuttgart - Zürich. Im ganzen werden künftig jeden Werktag je 11 Flugzeuge ankommen und abgehen. Was die Preise für die Luftfahrten anbelangt, so sollen die niedrigeren Sätze, die zum Teil schon im vorigen Winter probeweise eingeführt worden waren, für den gesamten deutschen Innenverkehr auch im kommenden Sommer beibehalten werden. Der Direktor der württ. Luftverkehrsgesellschaft M.-G. Zöfel machte sodann noch Mitteilungen über die Benützung des Flugzeuges im Jahre 1926. Die Gesamtzahl der Passagiere, die auf dem Flugplatz Böblingen ankamen und abgingen, betrug 5748. Die Benützung des Flugzeuges zum Postversand ist bedeutend gestiegen gegenüber 1925; in letzterem Jahr betrug der Postversand 1,8 Tonnen, im Jahre 1926 dagegen 7,3 Tonnen, und zwar etwa ein Drittel abgehende Post, zwei Drittel ankommende Post. Die Luftfrachten stellten sich im Jahre 1925 auf 26,5 Tonnen, im Jahre 1926 dagegen auf 54,8 Tonnen, und zwar je etwa zur Hälfte ankommende und abgehende Güter. An Neubauten sind für das Jahr 1927 vorgesehen oder bereits in Angriff genommen: eine Instandsetzungswerft mit Reparaturwerkstätte für Motoren usw. auf dem Flugplatz Böblingen mit einer Belegschaft von jetzt 50 Mann, künftig 100 Mann; 2. soll auf dem Lannenberg bei Böblingen eine besondere Funkanlage erstellt werden mit zwei Funktürmen von je 40 Meter Höhe; 3. wird gegenwärtig in Böblingen ein neues größeres Verwaltungsgebäude auf dem Flugplatz erstellt, das bis zum 1. Juli bezugsfertig sein soll.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. März 1927.

Versammlung des württ. Sparerbundes Ortsgruppe Calw.

Am gestrigen Sonntag sprach auf Einladung des württ. Sparerbundes, Ortsgruppe Calw, Oberlehrer Leins-Fellbach über den gegenwärtigen Stand der Aufwertungsfrage. Sägwerksbesitzer Wagner-Ernstmühl eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache und erteilte hierauf dem Referenten das Wort. Der letztere bedauerte in seinen einleitenden Ausführungen, daß neben den älteren Besuchern die Jugend fehle, die auch an der Aufwertungsfrage interessiert sein müsse. Sodann gab er einen Rückblick über die Aufwertungsfrage in den letzten Jahren. Nach einer Schilderung der Haltung der Regierung und der Parteien in der Frage des Volksbegehrens zur Fürstentumerteilung, wozu letzteres jedem Reichsstandpunkt entgegengestanden sei, erinnerte der Redner an die gewalttätige Schaffung der 3. Steuernotverordnung durch Reichs-

kanzler Luther und der Aufwertungsgefahr vom 15. und 16. Juli 1925. Durch diese Gesetzgebung wurde die entschädigungslose Enteignung weitester Volkskreise durchgeführt und das Volkvermögen in unverantwortlicher Weise in gewisse Taschen geleitet. Trotz der furchtbaren Auswirkungen des Aufwertungsgegesetzes hätten es Parteimänner wie Westarp und Külz unternommen, rechtliche Begründungen für dieses Gesetz zu suchen. Ihre Haltung sei abzulehnen, ebenso wie die Erdbebenstheorie des schuldbeladenen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Immer wieder werde geschrieben, die Wirtschaft könne die Lasten einer Aufwertung nicht tragen. Man dürfe hierbei aber nicht vergessen, wer die Wirtschaft ist und wer sie speist. Einen Hauptbestandteil der Wirtschaft bildeten die Sparer, sie erst speisten mit ihren Kapitalien die Wirtschaft. Heute sei aber durch das Aufwertungsgegesetz der Sparstint im deutschen Volk verdorben und vernichtet worden. Auch die spätere Gesetzgebung wie die Hauszinssteuer richtete sich gegen die entrechteten und betrogenen Sparer, nicht der Hausbesitzer, sondern der Hypothekengläubiger trage diese Last. Man könne wohl sagen, daß die gesamte Kriegslast seit dem Jahre 1914 auf die Sparer abgewälzt worden ist. Der Referent ging dann auf die Arbeit des Sparerbundes seit dessen Bestehen ein. Besonders eingehend behandelte er den Antrag zum Volksbegehren und dessen Unterbindung durch das Ausnahmegesetz unter der Diktatur Luthers und die späteren Ablehnungsbegründungen des Reichsinnenministers Külz. Bisher habe die Sparerbewegung positiv nur geringes geleistet, da sie es abgelehnt habe, den Weg des guten Rechts zu verlassen. Nun aber sei die Bewegung in die politische Arena eingetreten unter dem Namen Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung und habe bereits in Sachsen, Thüringen, Baden und Lübeck schöne Wahlerfolge errungen. Dadurch seien neuerdings die Parteien zu Zugeständnissen geneigt. Sie wollten teilweise Vergünstigungen für die Rentner und die Arbeiterschaft (volle Aufwertung der Fabriksparkassen) gewähren, anscheinend jedoch nur in der Absicht, Spaltungen in die Bewegung hineinzutragen und sie so unschädlich zu machen. Erfreulich seien die moralischen Erfolge der Bewegung, die bisher die stärksten seien. Das Beispiel des Reichsgerichtspräsidenten Simons, sowie das gesunde Rechtsempfinden, welches sich vielfach in weiteren Kreisen des Volkes, bei religiösen Gemeinschaften, bei Körperschaften und Gemeinden zeige, seien Beweis hierfür. Ueber den neuesten Stand der Aufwertungsfrage führte der Referent aus, daß Reichsinnenminister Verag, der eigentliche Schöpfer des Gesetzes, ebenso wie sein Vorgänger unter Anführung fadensteiner Gründe die sich im Rechtsausschuß des Reichstags gegen eine Abänderung des Aufwertungsgegesetzes gewandt habe und auch im Reichstag einen dementsprechenden Antrag stellen werde. Aussprüche führender Männer, wie des Staatspräsidenten Bazille, des Finanzministers a. D. Schall, selbst aus dem Munde der Gegner, wie des Reichsbankpräsidenten Schacht, welche der Redner verlas, bezeugten in klarer Weise die Berechtigung der Aufwertungsbewegung. In seinen abschließenden Ausführungen forderte der Referent auf, mit offenem Mut für Recht und Gerechtigkeit einzutreten und nicht wankend zu werden im Glauben. Die Aufwertung werde eine Frage von Jahren sein, immer wieder werden sich ihre Wirkungen geltend machen. Die Jugend, die dereinst in den Staat hereinwache, werde Rechenschaft über das von den Vätern vererbte Gut von uns fordern; darum gelte es, sich heute zu wehren, von dem großen Unrecht zu sprechen, daß es wie ein Sturmgeläut durch das Reich halle. Mit dem Schillerwort „Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es um es zu besitzen“, ein Wort, das heute wieder besondere Bedeutung gewonnen habe, beschloß der Redner seine sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen. Der Versammlungsleiter, Sägwerksbesitzer Wagner-Ernstmühl, dankte dem Referenten wie den

zielbewußten Führern der Aufwertungsbewegung und schloß mit einem warmen Appell zum Kampf um die sich auf mittlerer Linie bewegenden Aufwertungsansprüche des Sparerbundes. Eine Aussprache beendete die anregend verlaufene Versammlung.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Im Norden befindet sich jetzt Hochdruck, der indessen wegen einer Depression im Südwesten nicht voll zur Geltung kommen kann. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

*

Simmozheim, 13. März. Der hiesige Gemischte Chor trat heute zum erstenmal mit einem größeren Konzert vor die Öffentlichkeit. Zur Aufführung gelangte „Schillers Glocke“ in der Vertonung von Rombach. Unter Leitung von Hauptlehrer Wilmayer entfaltete der durch Musikfreunde aus den Nachbargemeinden und der Oberamtsstadt verstärkte Chor sein volles Können und erzielte so einen schönen Erfolg. Die Solopartien waren durchweg gut besetzt und auch die Orgelbegleitung lag bei Herrn Mater-Altkönig in den besten Händen. Die Veranstaltung fand bei den zahlreich anwesenden Zuhörern hohe Anerkennung.

Seh. Merklingen, M. Leonberg, 12. März. Der 71-jährige Landwirt Gottlieb Hahn fiel beim Abwerfen von Stroh auf die mit Steinplatten belegte Tenne. Er mußte in schwerverletztem Zustand vom Platz getragen werden. Der Bedauernswerte erlag nachts den schweren äußeren und inneren Verletzungen.

Seh. Altingen M. Herrenberg, 13. März. Eine Bürgererversammlung nahm zur Ortsvorsteherwahl Stellung. Von 127 abgegebenen Stimmen waren 74 für einen Nichtfachmann. Eine Stimme war ungültig.

Seh. Stuttgart, 12. März. Abgeordnete sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Deutschen Auslandsinstitut für das Rechnungsjahr 1927 einen einmaligen Betrag von 50 000 M. entsprechend dem für 1926 bewilligten außerordentlichen Beitrag zu gewähren.

Seh. Rappenheim, 12. März. Im Laufe des nächsten Jahres hat das Straßen- und Wasserbauamt ein Projekt für die Rottumverbesserung ausgearbeitet. Eine Befestigung des Flußlaufes der Rottum durch den Gemeinderat fand an Ort und Stelle statt. Einige Häuser im Krautgäble müssen beseitigt werden, damit der Flußlauf entsprechend verbreitert und Schutzdämme aufgeführt werden können. Die Kosten dieses Projekts würden sich auf ca. 250 000 M. belaufen. Der Staat gewährt zu den Baukosten einen Beitrag von 50 Prozent, zu den mit der Korrektur verbundenen Straßenverbesserungen einen Beitrag von 25 Prozent. Der Gemeinderat stimmte dem Projekt zu.

Seh. Von der Bayerischen Grenze, 12. März. In Augsburg wurde die Gründung des Verkehrsverbandes „Schwabisches Land“ vollzogen. Der 1. Vorsitzende ist Oberbürgermeister Deutschnaur-Augsburg, der 2. Vorsitzende Oberbürgermeister Schwammberger-Ulm, Beisitzer sind Oberbürgermeister Braun-Memmingen und Bürgermeister Mayr-Neuburg. Der Verband bezweckt die Förderung der Verkehrsverhältnisse in Schwaben.

Vorzüge der Calwer Seifenfloeken:



Mühselos wird aller Schmutz gelöst, ohne die Gewebe auch im geringsten anzugreifen. Ohne Bleichung blütenreine frisch duftende Wäsche. Machen Sie deshalb sofort einen Versuch.

Rose Ferron erste Liebe und Ehe

Familienroman von Liesbet Dill.

Copyright by Martha Feuchtwanger, Halle a. d. S.

Früher hätte er sich heftig widersetzt, wenn man ihm zugemutet hätte, Male herzunehmen, aber jetzt hatte er nicht widersprochen. Wenn Rose so glücklich darüber war, dann mochte es sein. In Gottes Namen, es zog dann vielleicht wieder Ruhe und Behagen in sein Haus.

Frau Ferron war abgereift, Rose war aufgestanden und konnte schon in ihrem Sessel am Fenster sitzen, von wo aus man die Straße überblickte. Meist saß sie, ein Buch auf den Knien, und sah in Gedanken zusammengesunken vor sich hin. Die Wärterin war plötzlich zu einer anderen Dame abberufen worden; Rose hatte sie gehen lassen, sie brauchte keine Pflege mehr. Sie war nur müde und schwach und mußte an- und ausgekleidet werden. Das Fräulein, das die Kinder zu Bett brachte, besorgte sie mit. Wie ein Kind ließ sie sich tragen und heben und zu Bett bringen. Oft tat es auch Jobst, der in diesen Tagen besonders gut zu ihr war.

Als sie von der Ausfahrt in den Wald zurückkamen, lag eine Depesche da: „Males Kommen leider unmöglich, da Großmama erkrankt, Brief folgt.“

Rose saß wie erstarrt vor Schmerz vor diesen Trümmern, sie konnte nicht verstehen, warum man ihr das alles angetan hatte. Sie war wieder die kindische, kleine Rose, die der Welt und dem Leben zürnte, weil es nicht nach ihrem Kopf ging.

Jobst tat es gewiß leid um die alte treue Person, doch eigentlich war sie ihm nie sympathisch gewesen. Er tröstete Rose und versprach ihr, ihr einen Ersatz zu schaffen.

Aber Rosens Schmerz war zu groß.

„Das kannst du nicht“, sagte sie, „man kann keinen Menschen ersetzen, meine Mutter nicht und dich nicht, auch Male kann man nicht ersetzen.“

Der angekündigte Brief Frau Abas brachte die Erklärung der Hubschopf.

Frau Lucie Ferron, die niemals tagsüber ausging, hatte gegen Abend im Nebel ihren Spaziergang die alte Meher Straße hinauf gemacht und war in der Dunkelheit auf die Falttüre einer Kolonialwarenhandlung getreten, diese hatte nachgegeben, die alte Dame war die Treppe hinaufgestürzt und hatte das Bein gebrochen.

Das geschieht ihr recht, sagten die Leute. Was braucht denn so eine alte Dame in der Dunkelheit auf die Späherer Höhen zu gehen?

Die Großmutter sei über ihren „Hintertreppenroman“ sehr unglücklich, schrieb Frau Aba.

Man hatte das Bein in Gips gelegt, und der Arzt hatte gemeint, ein paar Wochen Ruhe genügten, aber nun war plötzlich noch eine Erklärung dazugekommen.

„Wenn das nur nicht der Anfang vom Ende ist“, flüchte die Mutter hinzu. „Sie ist nun sechzig Jahre alt und war niemals krank.“

Rose fandte der Isehungrigen, ungeduldrigen Großmutter Stöße neuer Zeitungen und Romane, denn die alte Dame las nun Tag und Nacht.

Sie hatte ein Heer von Bekanntschaft um sich und eine harmherzige Schwester. Ihre Intime, die Generalin Selb, war bei ihr einquartiert, ihre Krankenlager war täglich umgeben von Bekannten, die sie unterhielten, und dennoch behauptete sie, sie habe nichts zu lesen und kein Mensch kümmern sich um sie.

Tante Erneste lag selbst an einer schweren Erkältung krank, und Male hatte ihre Pflege übernommen.

„Bei uns geht alles drunter und drüber“, schrieb die Mutter, „ich lebe nur noch auf der Treppe.“

Diese Nachrichten hatten Rose einen Rückfall gebracht, und sie mußte wieder festliegen und ihren Haushalt und die Kinder den Leuten überlassen. Das machte sie so matt und unruhig, und sie dachte immer: Das Leben wird mich langsam zermalmen.

Als Rose aufgestanden war und Geißattel sich davon überzeugt hatte, daß eine unerwartete Nachricht keinen nachteiligen Einfluß auf sie ausüben konnte, setzte er sich eines Abends zu ihr, die im Sessel am offenen Fenster, saß und die Züge auf dem Bahndamm verfolgte, und sprach ruhig mit ihr über den plötzlichen Tod Tante Ernestes. Sie war eines Abends an Herzschwäche sanft entschlafen. Sie hatte Rose zu ihrer Erbin eingesetzt, aber das große Vermögen, das einmal dagewesen, war fast restlos aufgebraucht. Es ließ sich nicht einmal nachweisen, wohin es gekommen. Den größten Teil davon hatte wahrscheinlich Rittmeister Geißatells Gut in Ungarn verschluckt, und die Pferdeleppel. Die Hinterlassenschaft bestand größtenteils in russischen Industriepapieren und der Einrichtung ihrer Wohnung.

(Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.	
100 holl. Gulden.	168,89
100 franz. Franken	16,51
100. Schweiz. Franken	81,19

Börsenbericht.

SED. Stuttgart, 13. März. Am Wochenabschluss gab es an der Börse wenig Geschäft und nachgebende Kurse.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. S.

2. C. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 12. März.

Edeläpfel 35-45, Tafeläpfel 20-35, Tafelbirnen 18-25, Kartoffeln 7-8, Endiviensalat 15-25, Wirsing 10-12, Filderkraut 6-8, Weißkraut, rund 6-8, Rotkraut 7-12, Blau-

mentkohl 30-35, Rosenkohl 16-25, 1 Pfd. 25-35, Grünkohl 8-10, rote Rüben 8-10, gelbe 7-9, Zwiebeln 7-10, Rettiche 3-8, Monatsrettich 15-20, Sellerie 10-25, Schwarz-
wurzeln 30-35, Spinat 30, weiße Rüben 4-5.

Calwer Wochenmarkt.

Kartoffeln 6,50-7 M pro Zentner, gelbe Rüben 12 S, rote Rüben 15 S, Rotkraut 12-15 S, Rosenkohl 10-30 S, Lauch 3-8 S, Endivien ausl. 15-25 S, Blumenkohl 40 bis 60 S, Zwiebeln 10-12 S, Schwarzwurzel 1 M der Bund, Kapsel 25 S, Tafelbutter 2-2,10 M, Landbutter 1,50 bis 1,60 M, frische Eier 11-12 S, ausländische 18 S.

Schweinepreise.

Calw: Käufer 35-65, Milchschweine 15-32 M. - Örtzbach a. d. Z.: Milchschweine 20-32 M. - Ludwigsburg: Käufer 65, Milchschweine 20-35 M. - Mergentheim: Milchschweine 25-35 M. - Neckartalflingen: Milchschweine 20 bis

35 M. - Pforzheim: Milchschweine 22-25, Käufer 68 M. - Wangen i. N.: Ferkel 19-27, Käufer 33 M. - Weilberstadt: Milchschweine 20-25 M.

Ereglingen: Milchschweine 20-80 M. - Gaildorf: Milchschweine 24-28 M. - Gerabronn: Milchschweine 24 bis 31 M. - Mengen: Milchschweine 25-32 M. - Mürtlingen: Milchschweine 24-38 M. - Spaichingen: Milchschweine 21-27 M. - Winnenden: Milchschweine 24-30, Käufer 50 bis 90 M das Stück.

Fruchtpreise.

Nalen: Weizen 14,40-15, Roggen 13-13,50, Gerste 13,50 bis 14, Haber 10,70-11,60, Saathaber 12,80 M. - Heidenheim: Kernen 15,40, Weizen 14,50, Roggen 12, Gerste 13,40, Haber 11,10 M. - Leutkirch: Gerste 13,30, Haber 12,20 bis 14 M der Zentner.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Ber-
tebstößen in Zuschlag kommen. D. Schmittl.

Altburg!

Am Dienstag, den 15., sowie Mittwoch, den 16. und Donnerstag, den 17. März, jeweils abends 8 1/2 Uhr, findet im Gasthof zum „Lamm“ je ein

öffentlicher Vortrag

statt, wozu jedermann freundlichst eingeladen wird.

Themen:

1. 1000jähriges Reich, I. und II. Auferstehung.
2. Zustand der Toten im Lichte der Bibel.
3. Spiritismus, Gottes- oder Teufelswerk.

Änderungen vorbehalten.

Redner: W. Gemeinhart, Autesheim.

Altbürgerstadt, den 11. März 1927.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Heimgang unseres lieben Vaters, Bruders, Schwiegeraters und Großvaters

Joh. Lauser

Schreinermeister

von nah und fern erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Schimpf, sowie für den Liebesdienst der Herren Ehrenträger und für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Lauser.

Gesangbücher

in großer Auswahl

Buchhandlung
E. Kirchherr.

Dienstag, den 15. März, von vor-
mittags 8 Uhr, steht

in Calw im „Löwen“
ein großer Transport



erstklassiger, starker, junger
Milchkuhe,
trächtiger Rube, hochträchtig.
Kalbinnen, schöne starke Zug-
und Lern-Stiere (auch paarw.)
sowie schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich
einladen

Rubin und Max Löwgenart.

Herren Konfektion

läuft Anzüge in neuesten Mustern und Formen
Mk. 30⁰⁰ 35⁰⁰ 40⁰⁰ 43⁰⁰ 50⁰⁰ 55⁰⁰ 60⁰⁰ bis Mk. 125⁰⁰

man Mäntel in vielen Formen und Mustern für jede Jahreszeit Mk. 27⁰⁰ 30⁰⁰ 35⁰⁰ 40⁰⁰
Lodenmäntel von Mk. 20⁰⁰ bis Mk. 50⁰⁰
Pelserinen Mk. 15⁰⁰ bis Mk. 35⁰⁰ — Gummi-Mäntel von Mk. 16⁰⁰ bis Mk. 60⁰⁰
Windjacken Mk. 10⁰⁰ bis Mk. 21⁰⁰

bei Hosens Zeughosen Mk. 4⁵⁰ bis Mk. 9⁰⁰ — Samtkordhosen Mk. 9⁰⁰ 11⁰⁰ 14⁰⁰
Lederhosen Mk. 5⁰⁰ bis Mk. 13⁰⁰ — Halbwollene Hosen Mk. 8⁰⁰ bis Mk. 21⁰⁰

Paul Röchle, am Markt, Calw

Freie Beschäftigung ohne Kaufzwang!

Württ. Forstamt Langenbrunn.

Nußholz- u. Beigeholzerkauf.

Am Dienstag, 22. März 1927, vormittags 10 Uhr in Salmbach im Gasthaus z. „Löwen“:

1. Eichen-Stammholz aus Abt. Größelsteig. Wendepalte, Heumad, Teichelhang u. Steinlesberg mit Fm.: 2 IV., 3 V., 4 VI. Kl.
2. Rotbuch. - Stammholz aus Abt. Großstann und Hellentisch Fm.: 1 II., 6 III., 4 IV. Klasse.
3. Nadelstangen aus Abt. Burkhardt 50 Baustangen I. - III. Kl., 20 Hagst. III. Kl. u. 15 Hopfenstangen II. Kl.
4. Schichterbuchholz a. Abt. Hardt, Burkhardt, Bühl, Schliesstein, Steinlesberg und Hellentisch Km.: Et. 2 Klogh., Bu. 31 Schtr., 158 Klogh., Nadelholz-Ausbruch: 54 La. u. 20 Fo.
4. Nadelkreißeig, Abt. Burkhardt u. Reuscherswald 19 Flächenlose geschägt zu 1000 Wellen.

Los-Verzeichnisse zu Nr. 4 Schichterbuch durch d. Forstdirektion G. f. S. Stuttgart, bei den übrigen Sortimenten 1-2 Waldnummern je 1 Los.

Wasserglas

garant. hell u. geruchlos empfiehlt

Ch. Schlatterer.

Bienen-König

allerfeinsten, goldgelber, reiner Qualität, 10 Pfd.-Eimer M. 10,70 5 Pfd.-Eimer M. 6,20 Nachn. 30 Pfg. mehr Pundsack. Lehrer a. D. Hade 525 1/Oldbg. zahlreiche Anerkennungen

30 Zentner Berg-Heu

verkauft Dollinger, Ernstmühl.

Ein jähriges ostfriesisches

Milchschaf

hat zu verkaufen Friedrich Wöttinger, Angel, Gehingen.

Forstamt Liebengell.

Beigeholzerkauf.

Am Mittwoch, den 16. März 1927, mittags 12 Uhr, in Bad Liebengell im Gasthof zur „Burg“ aus Staatswald Distr. VIII Abt. 4, 5, 6, 11, 13, 17, Dennjächthalde, Untere und Obere Bronnhalde, Zeller. Nonnenwagskopf, Harde-ebene; Distr. XI Abt. 1, 4 Steinbuchel und Mahd; Distr. XIII Abt. 2, 12, 13 Stulzackerwald, Mittlere und Hintere Sommerhalde, Zusammen:

- 7 Km. Eich. Anbr. Brügel
- 40 Km. Buchen Scheiter
- 8 Km. Buchen Brügel
- 16 Km. Buchen Klogholz
- 50 Km. übriges Laubholz
- 87 Km. Nadelholz Koller 2,05 m lang
- 10 Km. Nadelholz Scheiter
- 86 Km. Nadelholz Brügel
- 79 Km. Nadelholz Anbruch Scheiter
- 168 Km. Nadelholz Anbruch Brügel

Insgesamt 551 Km. Auszüge sind in beschränkter Zahl auf der Forstamtskanzlei zu haben.

!!! Achtung!!!

Reparaturen von Schuhwaren

aller Art, bringt in Haufen oder paarweise zu Karl Stoll, Haggasse

Fischtran

für Schweine billigt zu haben bei

N. Hauber.

Zur Saat:

Schlansfelder Sommerweizen
Bavaryagerke
Bethaner
Selbhafer
empfehlen
Wilhelm Dingler, Calw.

Planckuch
Frische Eier

Eingetroffen 1weiter Waggon
frische, schwere Steierer Originalware
10 Stück 1.20
Schwerste Italiener Dreiteiler sachmännlich verarbeitet
10 Stück 1.40

Planckuch

Radioapparat Soper - Heterodyne Lautspr.-Empfang mittels Rahmen-Antenne, billig zu verkaufen.
Angebote unter E. D. 59 an die Geschäftsstelle d. Bl.
3 Km. Baumholz und 3 Haufen Reifig werden am Montag abend 6 Uhr im Garten des Herrn Direktor Schmid (beim Lerchenweg) verkauft.

Bising
Annahme in Calw
Wilh. Entenmann
Lederstr. 91.

Wohnung

gesucht per sofort in gutem Hause für kleine Familie. Angebote unter E. 3. 59 an die Geschäftsst. d. Bl.

Verloren ging gestern Mittag in Hiesau beim Zirkus
Handtasche m. Inh.
Der ehrliche Finder wird gebeten, diese gegen gute Belohnung abzugeben bei
Karl Burkhardt, Nonnengasse.

Fr. Kneffarth
Tapeziermeister, Schulstr. 5
Ständiges Lager in
Sofa und Chaiselongues
in allen Preislagen
Tapetenlager
Tapezierarbeiten werden rasch und pünktlich ausgeführt b. O.

Zimmer zum Aufbewahren von Möbeln zu vermieten.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche ein Mädchen für Küche u. Wirtschaft, nicht unter 17 Jahren, in Dauerstellung, bei guter Bezahlg.
Friedrich Erber, Gasthof zur „Linde“, Schönbürg.

Fräulein welche das Bügeln gründlich erlernen wollen können jederzeit eintreten bei
Frau Elise Schügler, Badstraße 346.

Schiedmayer
Pianofabrik STUTTGART Neckarstr. 12, Eckhaus
Flügel - Pianos Harmonium
Miete - Tausch - Stimmungen
Bequeme Teilzahlungen
Fernruf 26841-42